

Jens Ivo Engels

## „Inkorporierung“ und „Normalisierung“ einer Protestbewegung am Beispiel der westdeutschen Umweltproteste in den 1980er Jahren<sup>1</sup>

Im Mittelpunkt von Forschungen über Protest steht häufig die Frage, wie dieser entsteht. Erklärungsbedürftig scheint in erster Linie, warum Gruppen sich dazu entschließen, ihre Kritik an politischen Entscheidungen oder ihre Ablehnung gesellschaftlicher Verhältnisse zu artikulieren und gegebenenfalls in Form einer sozialen Bewegung auch dauerhaft zu kommunizieren. Metaphorisch gesprochen stehen in aller Regel Kindheit und Jugend einer Bewegung im Mittelpunkt. Genauso interessant ist aber auch das Seniorenalter, nämlich die Frage, wie Protest endet. Zu beantworten ist die Frage, was mit Protestimpulsen und Protestexistenzen geschieht, wenn jener abebbt.

Eine der bedeutendsten und wohl auch folgenreichsten Protestbewegungen in der Geschichte der Bundesrepublik war (und ist in ihren letzten Ausläufern) ohne Zweifel die Umweltbewegung. Während ihrer Hochphase in den 1970er Jahren mobilisierte sie in Demonstrationen, Widerstandsaktionen und Bürgerinitiativen große Teile der Bevölkerung. Innerhalb weniger Jahre gelang es ihren Akteuren, großen Einfluss auf die politische Agenda Westdeutschlands zu nehmen. Gemessen an der Geschwindigkeit, mit der sie breite Unterstützung mobilisierte und die politische Agenda beeinflusste, gehört sie wohl zu den folgenreichsten politischen Projekten in der neueren Geschichte.<sup>2</sup> Bereits 1979/80 entstand mit den „Grünen“ eine politische Partei, die wesentliche Forderungen der Ökologiebewegung dauerhaft im politischen System vertrat und vertritt.<sup>3</sup>

Auffällig ist zudem, dass ein Anliegen, das um 1970/73 zumindest scheinbar marginal schien, binnen weniger Jahre und Jahrzehnte zu einem selbstverständlichen Teilbereich der Problembearbeitungsroutinen unserer Gesellschaft aufrückte. In einem längeren zeitlichen Kontext wird man in den 1980er Jahren wichtige Schritte auf dem Weg hin zu einer Gegenwart konstatieren, in der Lokale-Agenda-Prozesse, Öko-Audits und ähnliche Mechanismen (auch international) fest etabliert wurden.

Diese Entwicklung ist gegen Ende der 1990er Jahre an ihr vorläufiges Ende gekommen. Zu diesem Zeitpunkt traten die Grünen in die Bundesregierung ein. Auch auf internationa-

- 1 Am 8. November 2007 hatte ich Gelegenheit, eine erste Version der hier formulierten Thesen anlässlich eines Vortrags im Kolloquium des Instituts für soziale Bewegungen in Bochum vorzustellen. Für die vielfältigen Hinweise, Anregungen und Anmerkungen aus dem Kreis der Zuhörerinnen und Zuhörer möchte ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken. Des Weiteren gilt mein Dank Birgit Metzger und Roland Schäfer, die mir wichtige Hinweise zum Abschnitt über das Waldsterben gegeben haben.
- 2 Franz-Josef Brüggemeier: Tschernobyl, 26. April 1986. Die ökologische Herausforderung, München 1998, S. 271 f.
- 3 In den letzten Jahren wurde die Geschichte der Umweltbewegung und des Naturschutzes intensiv erforscht. An diesem Ort möchte ich nur verweisen auf Jens Ivo Engels: Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950–1980, Paderborn 2006.

ler Ebene war durch wiederholte Konferenzen und Konventionen eine umfangreiche umweltpolitische Agenda unter Beteiligung der jetzt so genannten NGO zustande gekommen. Zu dieser Agenda, die hauptsächlich von Regierungen und supranationalen Organisationen getragen wurde, gehörte insbesondere die Umweltkonferenz von Rio de Janeiro 1992, die die Nachhaltigkeit als Leitbegriff internationaler Politik einführte, und als zweiter Meilenstein das Kyoto-Protokoll von 1997 mit verbindlichen Regelungen zur Reduktion von klimaschädlichen Gasen. Umweltschutz gehört in der Gegenwart zu den selbstverständlichen Aufgaben einer Vielzahl etablierter Akteure; Idee und Praxis des Umweltschutzes sind ein Stück weit hegemonial geworden.

Eine neue Ära ist vermutlich mit der jüngsten Debatte über das Global Warming angebrochen. Gegenwärtig bezeichnen mehrere Regierungen dieses Umweltthema als derart vorrangig, dass sie internationale Gipfeltreffen auf regionaler oder globaler Ebene unter dieses Motto stellen und nationale Aktionsprogramme ins Leben rufen. Die These des vom Menschen gemachten Klimawandels ist auch in der öffentlichen Debatte derart dominant, dass die Skeptiker kaum zu Wort kommen oder zumindest marginalisiert werden.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen stellt sich auch die Frage nach der Endphase der Umweltbewegung in einem neuen Licht. Allerdings soll an dieser Stelle keinesfalls behauptet werden, die jüngsten Entwicklungen seien allein eine Fortführung von Zielen der Umweltbewegung unter günstigeren Voraussetzungen oder mit staatlicher Unterstützung. Stattdessen möchte ich darstellen, wie der Protestimpuls der Umweltbewegung im Lauf der 1980er und frühen 1990er Jahren in der Normalität der westdeutschen Gesellschaft aufging – wie das aus Sicht der meisten Akteure marginale und periphere Anliegen in das Zentrum der Gesellschaft Eingang fand.

Bisher beherrschte vor allem das Konzept der „Institutionalisierung“ sozialer Bewegungen die Debatte. Ausgangspunkt ist die Vorstellung eines Gegensatzes zwischen Protest und institutionalisierten Formen politischer Artikulation.<sup>4</sup> Die Bewegungsforschung ging zunächst davon aus, dass Initiativen einen dynamischen Charakter besitzen und meist ohne formale Mitgliedschaft und professionalisierte Geschäftsführung auskämen. Institutionalisierung scheint gleichbedeutend mit „Verkrustung“ der Strukturen. Hintergrund für diese Bewertung war die (normativ stark vom Selbstverständnis der Bewegung geprägte) Ansicht, auf diese Weise seien Bewegungsakteure der von ihnen kritisierten Mehrheitsgesellschaft (zu) ähnlich geworden und hätten gewissermaßen ihre Unschuld verloren.<sup>5</sup> Später wurde dieses Bild nicht zuletzt von Dieter Rucht differenziert. „Institutionalisierung“ galt seither nicht als Synonym für das Ende einer Bewegung, wohl aber für die Abschwächung des Protestpotenzials.<sup>6</sup>

4 Vgl. Paul v. Kodolitsch: *Kommunale Beteiligungspolitik*, Berlin 1980, S. 74.

5 Vgl. Hein-Anton van der Heijden: *Environmental Movements, Ecological Modernisation and Political Opportunity Structures*, in: *Environmental Politics* 1 (1999), S. 199–221.

6 Dieter Rucht: *Von der Bewegung zur Institution? Organisationsstrukturen der Ökologiebewegung*, in: Roland Roth/ders. (Hg.): *Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, Bonn 1991, S. 334–358, hier S. 238f.

Seitdem steht Institutionalisierung für die (im Fall der Umweltbewegung meist als erfolgreich bewertete) Eingliederung von Bewegungsakteuren in das Establishment sowie vor allem deren Transformation in formalisierte, dauerhafte Organisationen. Institutionalisierung ist demnach gekennzeichnet durch die Etablierung eines festen Apparates (etwa von Mitarbeitern). Verstetigung, Formalisierung und Professionalisierung sind die Kennzeichen sich institutionalisierender Protestakteure. Den Hintergrund bilde die Abkehr vom ursprünglich verfolgten Ziel gesellschaftlicher Umgestaltung. Dieses werde ersetzt durch einen Primat der Erhaltung von erworbenem Einfluss. Die ehemaligen Herausforderer des Systems gehen demnach in die herrschenden Strukturen ein, verloren unter Umständen aber auch einen Teil ihrer alten Klientel.<sup>7</sup> Zwar wurde aufgrund empirischer Daten betont, dass Institutionalisierungsprozesse nicht in jedem Fall und sofort einen Rückgang der Radikalität nach sich ziehen, langfristig bleiben die ursprünglich aufgestellten Annahmen aber wohl unwidersprochen.<sup>8</sup> So liegt die Leistung der Institutionalisierungsforschung nicht zuletzt darin, gezeigt zu haben, dass allgemeine Verlaufsmodelle sozialer Protestbewegungen mit dem Endpunkt „Verkrustung“ oder „Institutionalisierung“ gleich Niedergang kaum überzeugen.<sup>9</sup>

Der Prozess der Institutionalisierung, verstanden als Ausbildung dauerhafter und professioneller Strukturen kann an vielen Beispielen nachvollzogen werden – etwa der Partei „Die Grünen“ oder dem weiter unten ausführlich behandelten Öko-Institut. Es handelt sich also um einen wichtigen Vorgang in der Geschichte der (westdeutschen) Umweltbewegung. Jedoch wäre es zu eindimensional, die „Ankunft“ der Umweltbewegung im gesamtgesellschaftlichen Konsens allein mit diesem Konzept zu beschreiben. Problematisch ist hieran zum einen die starke Fokussierung auf die Bewegungsakteure allein, während die politische und soziale Umgebung, also die Gesellschaft insgesamt, zu wenig Beachtung erfährt. Außerdem ist das Konzept der Institutionalisierung zu stark auf Formales, auf Organisationsstrukturen fixiert. Gefragt ist daher ein Ansatz, der zwar nicht im Widerspruch zum Institutionalisierungsparadigma steht, dieses aber um mindestens zwei wichtige Gesichtspunkte ergänzt. Dazu gehört zum einen die Reziprozität im Prozess der Annäherung zwischen Bewegung und den politisch-organisatorischen Zentren. Zum anderen sollten neben formalen auch normative und kulturelle Aspekte berücksichtigt werden.

Im Einzelnen schlage ich zur Beschreibung der Annäherung zwischen Bewegung und „Mehrheitsgesellschaft“ zwei sich ergänzende Begriffe bzw. Konzepte vor: Inkorporierung und Normalisierung.

7 Dieter Rucht/Jochen Roose: Von der Platzbesetzung zum Verhandlungstisch? Zum Wandel von Aktionen und Struktur der Ökologiebewegung, in: Dieter Rucht (Hg.): Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt am Main 2001, S. 173–210, hier S. 176–179; Roland Roth: Local Green Politics in West German Cities, in: International Journal of Urban and Regional Research 15 (1991), S. 75–89.

8 Rucht/Roose: Platzbesetzung, S. 190, 204.

9 Barbara Blattert/Dieter Rink/Dieter Rucht: Soziale Bewegungen auf dem Weg zur Institutionalisierung. Zum Strukturwandel „alternativer“ Gruppen in beiden Teilen Deutschlands, Frankfurt am Main 1997.

Inkorporierung beschreibt die Eingliederung oder Übernahme von Themen, Forderungen oder Akteuren der Bewegung in dominante gesellschaftliche und politische Strukturen, und zwar vor allem durch oder in Form von Institutionen und formalisierten Verfahren.

Normalisierung bezeichnet die Übernahme von Themen und Anliegen des Protests in dominante Normensysteme oder Meinungen; was Protestanlass gewesen ist, wird zunehmend fraglos oder zumindest akzeptiert.

Inkorporierung beschreibt also die institutionelle und verfahrenstechnische Ankunft von Protest in der Mehrheitsgesellschaft; Normalisierung bezeichnet die kulturelle und normative Aneignung der Überzeugungen und Forderungen, die in den Wertekanon einer Gesellschaft weitgehend eingehen. In beiden Fällen macht die Gesellschaft sich den Protest in gewisser Weise „zu eigen“. Im Unterschied zum Institutionalisierungsansatz berücksichtigt diese Sichtweise neben den „Bewegungsakteuren“ auch deren gesellschaftliche Umwelt. Nicht nur der Schritt der Protestierenden in Richtung institutionalisiertem Zentrum, sondern auch die vielen Schritte der unterschiedlichen staatlichen und gesellschaftlichen Akteure auf die Umweltakteure hin finden Beachtung. Zu den erwarteten Leistungen der Begriffe für die Forschung gehört vor allem die Sichtbarmachung derartiger, vielfältiger Prozesse.

Es sei der Vollständigkeit halber erwähnt, dass „Normalisierung“ abweichend von der hier vorgeschlagenen Definition im Zusammenhang mit Beschreibungen der europäischen Moderne häufig eine andere Bedeutung erhält. In vielen Fällen sind damit fundamentale Vorgänge gemeint, die einhergehen mit dem Ausschluss von Ambivalenzen sowie der Durchsetzung allgemein verbindlicher und alternativloser Normensysteme. Nicht nur Normen, sondern auch die Festlegung auf bestimmte Lebensweisen, biographische Muster und die Disziplinierung der Bevölkerung werden häufig so bezeichnet.<sup>10</sup> Diese Konnotationen und Weiterungen des Normalisierungsbegriffs sollen im vorliegenden Zusammenhang ausgeblendet bleiben.

Insbesondere der Begriff der Normalisierung weist eine gewisse Nähe zu verschiedenen Annahmen aus der sogenannten Framing-Forschung auf. Diese untersucht, kurz gesagt, die Sinnstiftung von sozialen Bewegungen. Diese können nur dann Resonanz erzeugen, so die zugrundeliegende These, wenn ihre Werte und Anliegen denjenigen ihrer potenziellen Unterstützer entsprechen.<sup>11</sup> Allerdings löst sich der Normalisierungs-Ansatz auch hier von der Fokussierung auf die Aktivitäten der Bewegungsakteure. Man könnte dem Framing-Konzept nämlich vorwerfen, dass es zu sehr den intentionalen Aspekt betont – dabei entsteht oftmals der Eindruck, die Bewegungsakteure hätten sich ihre soziale Akzeptanz auf eigene Faust durch erfolgreiches Framing geschaffen. Dies mag in einigen Fällen zutreffen,

10 Elisabeth von Stechow: *Erziehung zur Normalität. Eine Geschichte der Ordnung und Normalisierung der Kindheit*, Wiesbaden 2004; Hans Wupper-Tewes: *Rationalisierung als Normalisierung. Betriebswissenschaft und betriebliche Leistungs politik in der Weimarer Republik*, Münster 1995.

11 Erving Goffman: *Frame Analysis. An Essay on the Organization of Experience*, New York 1974; David A. Snow/Robert D. Benford: *Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization*, in: *International Social Movement Research 1* (1988), S. 197–217; Doug McAdam: *Taktiken von Protestbewegungen. Das „Framing“ der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung*, in: Friedhelm Neidhardt (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*, Opladen 1994, S. 393–412.

in anderen aber sicherlich nicht. Zum einen muss bedacht werden, dass auch politische Akteure häufig durch Habitualisierung gewissermaßen daran gehindert sind, eingefahrene Verhaltensweisen und Sinnstiftungen leichtthin zu verändern. Zum anderen gibt es auch Fälle, in denen das mehrheitstaugliche Framing nicht auf Initiative eines zu benennenden Akteurs entsteht, sondern sich aus einem polyzentrischen Zusammenwirken unterschiedlicher Beteiligter entwickelt – so geschehen im Fall des weiter unten besprochenen Waldsterbens.

Insgesamt handelt es sich bei der Durchsetzung umweltschützerischer Anliegen und Vorhaben zunehmend um ein internationales, wenn nicht globales Phänomen. Das zeigt sich insbesondere anhand der Bedeutung der erwähnten Abkommen und Konferenzen oder am Beispiel des zunehmend grenzüberschreitenden Emissionshandels. Dennoch scheint es mir sinnvoll, vorläufig die westdeutsche Perspektive beizubehalten. Dies hat vor allem pragmatische Gründe, da die 1980er Jahre gerade erst in den (umwelt-)historischen Fokus geraten und unser Wissen selbst auf der nationalen Ebene noch recht insulär ist. So versteht sich dieser Beitrag auch weniger als ein Ergebnisbericht, in den internationale Entwicklungen stärker einbezogen werden müssten. Es handelt sich vielmehr schlicht um eine Anregung zu weiterer Forschung, die sich gegebenenfalls die hier vorgestellten Kategorien zu Eigen machen könnte.

Die Inkorporierungs- und Normalisierungsprozesse möchte ich anhand von drei Beispielen erläutern, und zwar an der Antiatombewegung, der Debatte über das Waldsterben und der Geschichte des Öko-Instituts. Auch die Auswahl dieser Beispiele ist nur vorläufig zu begründen – so wie letztlich alle ersten Gehversuche in einem von der Geschichtswissenschaft noch kaum bearbeiteten Zeitraum. Zunächst findet die auch im internationalen Vergleich wohl auffälligste und politisch wohl radikalste Bewegung Berücksichtigung, nämlich die Antiatomkraftbewegung. Das gesellschaftlich breit debattierte Thema Waldsterben ist nach allem, was wir bislang wissen, ein internationales „Alleinstellungsmerkmal“ Westdeutschlands – und zeigt auf besonders eindrückliche Weise die komplexen Interaktionsprozesse rund um das Thema Umweltschutz. Viel spricht dafür, den Waldsterbens-Komplex als den entscheidenden Faktor für die „Normalisierung“ des Umweltschutzes in Westdeutschland anzusehen. Schließlich bietet die Geschichte des Öko-Instituts Einsichten in einen weiteren Akteur der Bewegung, der bislang vor allem als Paradebeispiel für die Institutionalisierung galt.

Man könnte die Liste der Beispiele selbstverständlich verlängern. So würde sich etwa ein Blick auf die kommunale Ebene anbieten, wo in vielen lokalen Prozessen und Aushandlungsverfahren ökologische Themen und Grundsätze Verbreitung fanden. Auf Bundesebene bildet die Partei der Grünen das wohl prominenteste verbleibende Beispiel für Institutionalisierung. Auch würde sich, wie erwähnt, ein genauer Blick auf die supranationale Ebene lohnen. Vor allem die Rolle der EG/EU bedarf der Erforschung.<sup>12</sup> Erste Befunde deuten darauf hin, dass das Thema Waldsterben in Frankreich erst durch EG-finanzierte Forschungs-

12 Vgl. Norman Pohl: Grün ist die Hoffnung – Umweltpolitik und die Erwartungen hinsichtlich einer Reform der Institutionen der Europäischen Gemeinschaften um 1970, in: Franz-Josef Brügg-

vorhaben „ankam“, gewissermaßen in einem top-down-Prozess, und zwar nachdem die BRD in einem bottom-up Prozess zunächst solche Forschungen gegenüber Brüssel angeregt hatte.<sup>13</sup>

### **Rückblick in die 1970er: Ein scheinbar marginaler Protest**

Als Ausgangspunkt des Vorliegenden muss zunächst in aller Kürze die Situation während der Hochphase des Umweltprotests in den 1970er Jahre skizziert werden. Zu diesem Zeitpunkt sahen sich die Protestakteure zu sehr grundsätzlicher Kritik genötigt. Sie protestierten zum einen gegen eine Gesellschaft, deren Orientierung an wirtschaftlichem Wachstum und Konsum ihrer Ansicht nach die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen nach sich zog – und sie wandten sich gegen die Machtverhältnisse im politischen System. Ihrem Selbstbild zufolge vertraten die Bürgerinitiativen Anliegen, die von der Mehrheit der Bevölkerung befürwortet wurden, aber angesichts verknöchelter Machtstrukturen und Verflechtungen von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft keine Chance auf Durchsetzung hatten. Sie präsentierten sich in einem Narrativ des Kampfes von David gegen Goliath, als ein aus dem institutionalisierten politischen Prozess weitgehend ausgeschlossener Akteur.

Dies muss bereits mit Blick auf die 1970er Jahre kritisch betrachtet werden; schon in ihrer Entstehungszeit verfügte die Bewegung über wichtige Allianzpartner in staatlichen oder kommunalen Behörden, in einigen Parteien, bei den Medien, nicht zuletzt auf juristischer Ebene bei den Gerichten. Die Bewegung war von Beginn an sehr viel stärker in das institutionelle Gefüge der Bundesrepublik integriert, als dies die Zeitgenossen selbst wahrgenommen haben.<sup>14</sup>

Allerdings darf man nicht verkennen, dass es sich trotz allem um eine Protestbewegung mit hohem Irritationspotenzial gegenüber staatlichen Organisationen und politischen Parteien handelte. Die gelegentlich formulierte These, der Umweltschutz sei fast ausschließlich eine staatliche Erfindung und „von oben“ generiert worden,<sup>15</sup> greift zu kurz. Vor allem im Kontext verbreiteter Zivilisations- und Wachstumskritik der 1970er Jahre verlieh die Umweltbewegung einem fundamentalen Krisenbewusstsein Ausdruck.<sup>16</sup> Auf der praktischen Ebene mussten Politiker und Verwaltungsbeamte überhaupt erst lernen, mit dem Phänomen eines politischen Protests umzugehen, der auf der gesamten Skala von der nationalen Energiestrategie bis hinunter zum Bau örtlicher Umgehungsstraßen die bekannten Handlungs- und

meier/Jens Ivo Engels (Hg.): *Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen*, Frankfurt am Main 2005, S. 162–182.

13 Christian Barthod/Maurice Muller: *La gestion politique et technico-administrative du débat concernant l'impact des pluies acides sur les forêts françaises entre 1983 et 1991*, in: Andrée Corvol (Hg.): *Forêts et pollutions*, Paris 2007, S. 12–44.

14 Engels: *Naturpolitik*.

15 Vgl. Hans-Peter Vierhaus: *Umweltbewusstsein von oben. Zum Verfassungsgebot demokratischer Willensbildung*, Berlin 1994.

16 Patrick Kupper: *Die „1970er Diagnose“*. Grundsätzliche Überlegungen zu einem Wendepunkt der Umweltgeschichte, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 43 (2003), S. 325–348.

Aushandlungsroutinen durchkreuzen konnte – und zwar oft mit breiter öffentlicher Unterstützung. Nicht zuletzt die erste größere Kontroverse um ein Kernkraftwerk im südbadischen Wyhl zeigte eindrucksvoll die Grenzen bewährter politischer Verfahren, aber auch erste Lernprozesse im politischen Apparat.<sup>17</sup> Dieses Irritationspotenzial verringerte sich insbesondere in den 1980er Jahren.

## Die Antiatomkraftbewegung zwischen Wackersdorf und Tschernobyl

Die Antiatomkraftbewegung in den 1980er Jahren ist sicherlich derjenige Zweig der Umweltbewegung, der sich als letzter inkorporieren ließ. Der westdeutsche Kernkraftprotest erlebte zwei mobilisierungsstarke Wellen – zunächst Ende der 1970er Jahre mit den teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen um die Kernkraftwerke Brokdorf und Kalkar. Sodann kam eine zweite Welle zwischen etwa 1983/84 und 1989 im Widerstand gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage im oberpfälzischen Wackersdorf (kurz WAA). Ab 1986 wurde die Bewegung noch kurzzeitig verstärkt durch eine fast flächendeckende Mobilisierung gegen die Kernenergie infolge des Reaktorunfalls in Tschernobyl.<sup>18</sup>

In Wackersdorf stand das zentrale Symbol für die nationale Energiestrategie.<sup>19</sup> Die Bundesregierung und die Mehrzahl der Landesregierungen planten seit 1977 den gesamten atomaren Brennstoffkreislauf in der Bundesrepublik zu gewährleisten, d. h. abgebrannte Brennstäbe wieder aufzubereiten und anschließend nochmals in der Energiegewinnung einzusetzen. Nachdem das Land Niedersachsen nach Massenkundgebungen bereits Ende der 1970er Jahre beschlossen hatte, dass der Standort Gorleben politisch nicht durchsetzbar sei,<sup>20</sup> sprang Bayern in die Bresche. Für die Bundesregierung wie die Bayerische Staatsregierung handelte es sich um ein zentrales energiepolitisches Projekt mit hoher Signalwirkung. Dies erklärt deren großen politischen Willen, an dem Standort festzuhalten.

Ähnlich den früheren Auseinandersetzungen um Wyhl, Brokdorf und auch die Startbahn West des Frankfurter Flughafens,<sup>21</sup> kristallisierte sich der Protest um einen lokalen, eher konservativ sozialisierten Kern, zog dann aber eine wachsende Anzahl von bundeswei-

17 Engels: Naturpolitik, S. 350–376.

18 Brüggemeier: Tschernobyl; Helena Flam (Hg.): States and Anti-Nuclear Movements, Edinburgh 1994; Christian Joppke: Mobilizing against Nuclear Energy. A Comparison of Germany and the United States, Berkeley 1993; Dieter Rucht: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt am Main 1994 (insbes. das Kapitel „Der Atomkonflikt“). Aus Sicht der Bewegung: Reimar Paul/Günter Zint: ... und auch nicht anderswo! Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung, Göttingen 1997.

19 Für die Ereignisgeschichte vgl. Gerhard A. Friedl: Wackersdorf ganz ohne Wunder. Die Geschichte eines dramatischen Aufstiegs in der Oberpfalz, München 2006; Ulrich Linse, u. a.: Von der Bittschrift zur Platzbesetzung. Konflikte um technische Großprojekte. Laufenburg, Walchensee, Wyhl, Wackersdorf, Berlin/Bonn 1988.

20 Zu Gorleben umfassend Anselm Tiggemann: Die „Achillesferse“ der Kernenergie in Deutschland. Zur Kernenergiekontroverse und Geschichte der Entsorgung von den Anfängen bis Gorleben 1955 bis 1985, Lauf an der Pegnitz 2004.

21 Sandra Tauer: Bürgerprotest beim Ausbau des Frankfurter Flughafens. Der Bau der Startbahn 18 West, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 67 (2001), S. 311–341.

ten Unterstützern an, die zum Teil aus der alternativen Szene stammten oder auch gewaltbereiten Gruppen angehörten.

In einem dialektischen Prozess von Protest und Repression kam es in Wackersdorf wiederholt zu harten Zusammenstößen mit der Polizei. Die Staatsregierung mit Franz Josef Strauß an ihrer Spitze versuchte mit einer Politik der Härte das zu verhindern, was sie letztlich eher förderte, nämlich die Radikalisierung einer ganzen Region. In Wackersdorf schien sich die alte Konfrontation von polizeibewertem Staat hier und kriminalisierter Bürgerbewegung dort zu zementieren, ja die Gräben vertieften sich noch. Der bereits in den 1970er Jahren von dem Zukunftsforscher und Umweltaktivisten Robert Jungk erhobene Vorwurf, die Nutzung einer derart gefährlichen Technologie wie der Kerntechnik führe unweigerlich zum Polizei- und Überwachungsstaat, schien sich zu bestätigen.<sup>22</sup>

Das Ende der Geschichte entbehrt nicht einer gewissen Ironie; Anfang 1989 erklärte der wichtigste potenzielle Kunde der WAA, der Energiekonzern VEBA, sein Desinteresse an dem Projekt – man wolle die Wiederaufarbeitung lieber in Zusammenarbeit mit französischen Partnern durchführen, da dies wesentlich kostengünstiger sei. Zu Recht fühlten sich die politisch Verantwortlichen düpiert, insbesondere da viele von ihnen jahrelang als Hardliner aufgetreten waren und diese Haltung mit den Notwendigkeiten der westdeutschen Energieversorgung begründet hatten.<sup>23</sup>

Zu diesem Zeitpunkt war allerdings bereits deutlich, dass sich ein Ausbau der Kernenergie politisch nicht mehr durchsetzen ließ. Schließlich hatte der Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl die düsteren Prophezeiungen der Kernkraftgegner bestätigt; eine überwältigende Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung sprach sich seitdem gegen diese Technologie aus. Auch nach dem Ende der WAA in Wackersdorf kam es in den 1990er Jahren und bis heute zu sporadischen Antikernkraftprotesten, hauptsächlich im Umkreis des geplanten Endlagers von Gorleben. Von einer nennenswerten Bewegung kann aber seit der Wiedervereinigung nicht mehr gesprochen werden.

Die Atomgeschichte ließe sich beschreiben als Erfolgsgeschichte einer Protestbewegung, die nach langer Mobilisierung die politischen Entscheidungsträger in die Knie zwang – unterstützt durch das Ereignis Tschernobyl und sich verändernde ökonomische Rahmenbedingungen. Der Ausstiegsbeschluss der rot-grünen Bundesregierung aus dem Jahre 2000 wäre der vorläufige Endpunkt dieser Erfolgsgeschichte.

Für diese Sicht spricht einiges, doch auch im Kontext der Auseinandersetzungen über Atomkraft sind einige Prozesse der Inkorporierung eines Protestthemas festzustellen. Im Unterschied zu den 1970er Jahren war die Ablehnung der Kernkraft mittlerweile Teil der Programmatik von zwei politischen Parteien im Bundestag, der Grünen und der SPD: Seit einem Parteitagsbeschluss von 1984 gehörte der Atomausstieg zu den politischen Zielen der Sozialdemokraten. Folgerichtig profilierte sich der SPD-Landrat der Oberpfalz, Hans Schuierer als verwaltungsinterner Gegenspieler der Landesregierung in Sachen WAA. Für die Grünen gehörte der Protest gegen die Kernkraft ohnehin zur politischen Routine – sie

22 Robert Jungk: *Der Atom-Staat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit*, München 1977.

23 Andreas Wirsching: *Abschied vom Provisorium 1982–1990*, München 2006, S. 391 f.

unterbrechen beispielsweise ihren Bundesparteitag im Dezember 1985 für einen Tag, damit die Delegierten zu einer Kundgebung nach Wackersdorf fahren konnten.

Nach Tschernobyl förderte auch Bundeskanzler Helmut Kohl die politische Institutionalisierung kernkraftskeptischer Stimmen. 1986 schuf er das Ministerium für Umwelt und Reaktorsicherheit. Auf diese Weise entstand innerhalb der Bundesregierung ein potenziell kernkraftkritisches Gravitationszentrum – nicht weil das neue Ministerium den expliziten politischen Auftrag hatte, gegen die Kernkraft vorzugehen. Vielmehr entspricht es der Logik regierungsinterner Kompetenzkonflikte und konkurrierender Ressortzuschreibungen, dass das neue Ministerium atomkritischen Experten zunehmend Gehör schenkte und deren Institutionalisierung förderte – darauf wird weiter unten zurückzukommen sein.

Vor allem die Normalisierung des Kernkraftprotests ist noch viel zu wenig untersucht. Allenfalls verfügt man über impressionistische Eindrücke von der Sorge vieler Menschen angesichts der radioaktiven Wolke aus Tschernobyl oder den jahrelangen Verzicht auf strahlenbelastete Waldpilze und Wild sowie den Eingang des Begriffs „GAU“ in die Alltagssprache. Als ein prominentes Beispiel für die literaturgeschichtliche Kanonisierung der Kernkraftkritik soll hier der Erfolg des Jugendbuches „Die Wolke“ von Gudrun Pausewang genannt sein.<sup>24</sup> 1987 auf den Markt gekommen, schildert es die Flucht eines Mädchens vor radioaktivem Fallout. Dieser Titel fand sehr schnell weite Verbreitung und wurde an vielen Schulen zur Pflichtlektüre, zumal er 1988 mit dem Deutschen Jugendliteraturpreis ausgezeichnet wurde.

## Das Waldsterben oder: Umweltschutz von allen für alle

In besonders eindrücklicher Weise zeigt der Waldsterben-Komplex das sich wandelnde Verhältnis von Umweltschutz, Staat, Öffentlichkeit und Wissenschaft im Sinne von zunehmender Interaktion und Verschränkung. Der sterbende Wald wurde in den 1980er Jahren zu so etwas wie einem gesellschaftsumspannenden westdeutschen Mythos, von dessen Dringlichkeit nahezu alle überzeugt waren. Der Umweltschutz wurde auf diese Weise zu einem gemeinsamen Handlungsfeld einer Vielzahl von Akteuren.<sup>25</sup>

Als Beginn der Geschichte des Waldsterbens gilt eine Artikel-Serie im Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* im November 1981 – auch wenn andere Medien schon in den Monaten zuvor sporadisch berichtet hatten.<sup>26</sup> Mit apokalyptischen Prognosen machte „*Der Spiegel*“ auf bedrohliche Waldschäden und das bevorstehende Verschwinden des Waldes in West-

24 Gudrun Pausewang: *Die Wolke*. Jetzt werden wir nicht mehr sagen können, wir hätten von nichts gewußt, Ravensburg 1987.

25 Die Geschichte des Waldsterbens ist seit 2006 Thema eines von der DFG geförderten interdisziplinären Forschungsprojekts an der Universität Freiburg, an dem auch der Autor als Antragsteller/Leiter beteiligt ist. Erste Ergebnisse wurden auf einer Tagung im Juni 2007 in Freiburg diskutiert bzw. im folgenden Artikel von den Bearbeitern veröffentlicht: Birgit Metzger/Martin Bemann/Roland Schäfer: Und ewig sterben die Wälder. Das deutsche Waldsterben als historisches Phänomen, in: *Revue d'Allemagne et des Pays de langue allemande* 39 (2007), S. 417–430.

26 *Der Spiegel* Nr. 47, 48, 49 vom 16., 23. und 30.11.1981.

deutschland, ja ganz Mitteleuropa aufmerksam. Fast unmittelbar darauf kam eine breite gesellschaftliche Debatte in Gang. Sie wurde von der allgemeinen Überzeugung getragen, dass die Spiegel-Prognose berechtigt sei, zumal prominente Wissenschaftler die Darstellung des Nachrichtenmagazins bestätigten.

Über die Diagnose gab es lange Zeit so gut wie keine Kontroverse. In den folgenden Monaten und Jahren wiederholten wissenschaftliche Experten, Journalisten, Politiker und die Umweltverbände sie immer wieder. Schuld an der bevorstehenden Misere, so die häufigste Annahme, sei die Industrie mit ihren Emissionen, die in Gestalt des „Sauren Regens“ auf die Bäume wie ein Gift wirken.<sup>27</sup>

Bemerkenswert am Thema Waldsterben ist die Tatsache, dass die Behörden und das gesamte Regierungssystem bis hin zur Bundesregierung rasch und mit einer Vielzahl von Maßnahmen reagierten – was freilich in der Öffentlichkeit kaum honoriert wurde. In den Medien las oder hörte man stattdessen hauptsächlich von der Untätigkeit der Behörden.

Zur erstaunlich ausgeprägten Reaktion des Staates gehörte zum einen eine massive Forschungsförderung. In die bis dahin eher marginalisierte Forstwissenschaft flossen bis Anfang der 1990er Jahre knapp 500 Millionen D-Mark.<sup>28</sup> Dies war auch für die disziplinäre Entwicklung der Forstwissenschaft von großer Bedeutung. Denn erst auf dieser Grundlage konnte sich beispielsweise die Forstökologie als eigenständiger Forschungszweig etablieren und institutionalisieren.

Noch die Bundesregierung Helmut Schmidts brachte erste Maßnahmen auf den Weg. Unter Helmut Kohl bzw. dem zuständigen Innenminister Friedrich Zimmermann wurden dann weitgehende Maßnahmen zur Luftreinhaltung beschlossen, da die Emissionsbelastung der Luft als Hauptursache für das Waldsterben galt.<sup>29</sup> Die wichtigsten Maßnahmen betrafen den Ausstoß von Schwefeldioxid bei Kraftwerken, der bis Ende des Jahrzehnts um über 70 % gesenkt wurde. Weniger rasch wurden Stickstoffoxide reduziert, beim Hauptverursacher Straßenverkehr durch die Einführung des Katalysators.

Das Ende der Geschichte des Waldsterbens ist weniger leicht zu bestimmen als ihr Beginn. In den späten 1980er Jahren nahm die Zahl der Veröffentlichungen zu diesem Thema in den Massenmedien und auch in wissenschaftlichen Journalen deutlich ab, andererseits blieb die allgemeine Überzeugung von der unmittelbaren Gefährdung des Waldes noch lange verbreitet. Vor allem die seit 1984 jährlich veröffentlichten „Waldschadensberichte“ (ab 1989 unter der Bezeichnung „Waldzustandsberichte“) wurden in den Medien noch bis zur

27 Zu den wenigen Darstellungen des Waldsterbens aus historischer Sicht gehören Kenneth Anders/Frank Uekötter: Viel Lärm ums stille Sterben: Die Debatte über das Waldsterben in Deutschland, in: Frank Uekötter/Jens Hohensee (Hg.): *Wird Cassandra heiser? Die Geschichte falscher Ökoalarme*, Stuttgart 2004, S. 112–138 und Franz-Josef Brüggemeier: *Le dépérissement de la forêt (Waldsterben): construction et déconstruction d'un problème d'environnement*, in: Bernhardt, Christoph/Geneviève Massard-Guilbaud (Hg.): *Le Démon Moderne. La pollution dans les sociétés urbaines et industrielles d'Europe*, Clermont-Ferrand 2002, S. 75–90. Zur Mediengeschichte des Waldsterbens Rudi Holzberger: *Das sogenannte Waldsterben. Zur Karriere eines Klischees. Das Thema Wald im journalistischen Diskurs*, Bergatreute 1995.

28 Metzger/Bemmann/Schäfer: *Wälder*, S. 427, Fußnote 25.

29 Metzger/Bemmann/Schäfer: *Wälder*, S. 426f.

Jahrtausendwende fast reflexartig in diesem Sinne kommentiert – allerdings geschah dies nun im Sinne einer vorhersehbaren, gleichsam ritualisierten Routine. Es handelte sich um eine jährlich vollzogene Erinnerung daran, was als Teil der Gegenwartsdiagnose zu gelten habe. In den vergangenen zehn Jahren haben dann zunehmend skeptische Stimmen Gehör gefunden. In der Forstwissenschaft gibt es bis heute keinen Konsens über die Ursachen der kurzzeitig beobachteten Großschäden. Viel spricht aber dafür, dass die Waldsterbensdiagnose eine kolossale Fehlinterpretation hinsichtlich der Dramatik der Situation und der Ursachen war. Einige Autoren nehmen heute an, dass die Bäume Ende der 1970er Jahre kurzzeitig außergewöhnlichen Belastungen ausgesetzt waren, sei es extremen Witterungseinwirkungen oder Trockenstress.<sup>30</sup>

Nun könnte man fragen, ob der Begriff Protest überhaupt auf die Geschichte des Waldsterbens angewendet werden kann. Tatsächlich ist ja offensichtlich, dass hier aus der Peripherie nichts mehr ins Zentrum der Gesellschaft getragen werden musste. Dennoch gehört auch das Waldsterben in die Geschichte des Umweltprotests. Dafür sprechen die Rhetorik und die Funktionsweise der Waldsterbensdebatte.

Die Rhetorik der Akteure, oder besser: eines Teils der Akteure, war nämlich durchdrungen vom Protest-Habitus und dem Hang zur Dramatisierung. Dazu trug beispielsweise die Partei der Grünen bei, die sich bei der Bundestagswahl 1987 ihren Wählern mit dem Slogan empfahl: „Erst stirbt der Wald, dann stirbt der Mensch“. Von Bedeutung ist in diesem Kontext auch die Tatsache, dass das Waldsterben von nahezu allen Akteuren des Umweltschutzes aufgegriffen und in den Kontext der allgemeinen Kritik am westlichen Wirtschafts- und Konsummuster gestellt wurde. So fanden vielfache Transfers zwischen dem Waldsterben und anderen Protestthemen statt – beispielsweise dem Kernkraftprotest. Dies belegt die Ikonographie von Plakaten<sup>31</sup> ebenso wie der (allerdings schnell marginalisierte) Versuch, das Waldsterben auf radioaktive Strahlung zurückzuführen.<sup>32</sup>

Insgesamt spielten die sich bereits teilweise institutionalisierenden Akteure des Umweltprotests in der „Arena“ des „Waldsterbens wichtige Rollen. So gelang es einer Reihe von Umweltverbänden 1984/85, auf die Methodik der Waldschadenserhebungen Einfluss zu

30 Vgl. Reinhard Hüttl: Die „Neuartigen Waldschäden“ – Ein Fallbeispiel zur Kausalitätsfrage, in: K. Lucas (Hg.): Kausalität in der Technik, Berlin 2007, 81–89. Auch in der damaligen Debatte wurde die Bedeutung des Klimas von einzelnen Autoren betont, vgl. Hans-Herrmann Cramer/Maria Cramer-Middendorf: Untersuchungen über Zusammenhänge zwischen Schadensperioden und Klimafaktoren in mitteleuropäischen Forsten seit 1851, in: Pflanzenschutz-Nachrichten Bayer 37,2 (1984), S208–334. Allerdings bleibt die Hypothese des Schadstoffeintrags über die Luft weiter in der Diskussion; vgl. Karl F. Wentzel: Was bleibt vom Waldsterben? Bilanz und Denkanstöße zur Neubewertung der derzeitigen Reaktion der Wälder auf Luftschadstoffe, Freiburg 2001. Eine Übersicht über gängige Erklärungen bietet Ernst E. Hildebrand: Neuartige Waldschäden: Legende oder Realität?, in: Der deutsche Wald, Stuttgart 2001, S. 46–50.

31 Vgl. ein undatiertes Exemplar aus der Plakat-Privatsammlung von Dr. Frank Baum, Staufen: Unter dem Motto „Heute Tannen – Morgen wir“ wird ein von saurem Regen verätzter Wald gezeigt, dessen Ursache die rauchenden Schloten eines Kohlekraftwerks darstellen. Im unteren Bildabschnitt wird eine Person auf einer Bahre abtransportiert, die radioaktivem Fallout aus einem Kernkraftwerk ausgesetzt ist.

32 Metzger/Bemann/Schäfer: Wälder, S. 424. Vgl. dazu auch Anmerkung 35.

nehmen. Nach der ersten Schadenserhebung im Auftrag des Landwirtschaftsministeriums planten die beteiligten Forstexperten, die Erhebungsmethode zu verändern. Es hatte sich herausgestellt, dass Bäume als krank erfasst wurden, die in Wirklichkeit natürlichen Schwankungen in der Entwicklung ihres Kronenzustands unterlagen. Als die Reformpläne bekannt wurden, drohten die Umweltverbände an, die Regierung in der Öffentlichkeit als Verharmloserin bloßzustellen, die den Wald „gesundlüge“.<sup>33</sup> Den daraus resultierenden Schaden veranschlagte man in Bonn höher als die wissenschaftliche Zuverlässigkeit der Waldzustandserhebung und beließ die alte, unpräzise Methode. Wenn man so will, wurden Regierung und Umweltverbände auf diese Weise sehenden Auges Komplizen in der Dramatisierung.

Auch die Rhetorik der auslösenden Spiegel-Artikel und anderer Medienbeiträge war durchdrungen von Skandalisierung und Protest gegenüber einer angeblich nicht zum Gegensteuern bereiten Politik und Industrie. Regelmäßig fand sich hier auch das Motiv, dass allein die Presse angeblich marginalisierten Wissenschaftlern ein Forum für ihre Besorgnis erregenden Erkenntnisse biete. Tatsächlich aber waren nicht die forstwissenschaftlichen Anhänger der Waldsterbensthese marginalisiert, sondern ihre skeptischen Gegner. Tatsächlich fühlten sich viele Wissenschaftler aber auch dazu verpflichtet, ihre wissenschaftlich begründete Skepsis gegenüber der verbreiteten Interpretation nicht offenzulegen, um einer aus ihrer Sicht guten Sache, nämlich dem Schutz des Waldes, keinen Abbruch zu tun. Die Folge war, dass „skeptische“ Artikel geradezu versteckt wurden und unter Titeln erschienen, die keinen Zusammenhang mit der Waldsterbensdebatte vermuten ließen. Eine offen ausgetragene wissenschaftliche Kontroverse fand daher so gut wie nicht statt. Auch hier also ist eine gewisse „Komplizenschaft“ festzustellen, die der Dramatisierung Vorschub gab oder sie zumindest bewusst nicht behinderte.<sup>34</sup> Im Kontext des Waldsterbens entstand also, so darf man resümieren, eine Art Schein-Protest, der beständig gegen Türen anrannte, die längst weit offen standen.

Manche Personengruppen wurden dabei regelrecht in eine Protesthaltung gezwungen. Tatsächlich deuten erste Zeitzeugengespräche darauf hin, dass auch Förster sich mit einem Mal selbst als Träger von Protest wahrnahmen, wenn sie von Medien oder von einzelnen Laien und Waldspaziergängern als Experten über den Zustand des Waldes befragt wurden. Durch die öffentliche Rahmung des Themas wurden sie gewissermaßen in eine unausweichliche Protest-Rolle gedrängt – und das geschah keineswegs immer freiwillig bei einer Berufsgruppe, die sich normalerweise durch einen konservativen Habitus auszeichnete.<sup>35</sup>

33 Vgl. hierzu den Zeitzeugenbericht eines Mitarbeiters des Bundesforschungsministeriums in *Die Zeit*, 9.12.2004.

34 Vgl. dazu aktuelle Reflexionen von Forstwissenschaftlern über die Debatte der 1980er Jahre; *Welt am Sonntag*, 21.3.1999; *Die Zeit*, 31.12.2003 sowie Heinz Ellenberg: *Vegetation Mitteleuropas mit den Alpen in ökologischer, dynamischer und historischer Sicht*, 5. Auflage, Stuttgart 1996.

35 Vgl. etwa die aus der Rückschau durchaus überraschende Resolution der bayerischen Landesversammlung des Bundes deutscher Forstmänner 1982, welche zur Rettung des Waldes einen Verzicht auf die Kernkraft forderte und die organisierten Forstleute damit in Opposition zur Landes- und Bundesregierung brachte; *Münchener Merkur*, 18.11.1982.

Außerdem sollte nicht verkannt werden, dass das Thema Waldsterben vielfältige zivilgesellschaftliche Prozesse auslöste, die neben den „großen“ Akteuren manchmal in Vergessenheit geraten. Dazu gehörten oft regionale oder lokale Zusammenschlüsse, die mit dem Ziel antraten, das Bewusstsein für die Waldzerstörung zu wecken und Gegenmaßnahmen zu debattieren. Bisweilen fanden diese Prozesse kulturell recht ungewöhnliche Formen – wie ein Zeitungsbericht aus dem Jahr 1983 zeigt. Damals fanden sich im Fremdenverkehrsort Freudenstadt im Nordschwarzwald rund 700 Teilnehmer zu einem Kongress über das Waldsterben ein. Für den Berichtersteller der linken und ökologisch engagierten Tageszeitung war vor allem bemerkenswert, dass hier nicht nur die üblichen Protestakteure alternativ-ökologischer Provenienz auftauchten, sondern letztlich das heimische Fremdenverkehrsgewerbe dominierte. Zu seiner großen Überraschung zogen „Adelige und Autonome“ bei der „I. Aktionskonferenz gegen das Waldsterben“ an einem Strang, und man tischte anstelle von „Rohkost“ regionale Spezialitäten auf.<sup>36</sup> Hoch verdichtet vollzogen sich hier Inkorporierung und Normalisierung in einem Akt.

Solche Prozesse fanden auch einen alltagshistorischen Niederschlag über die beruflich beteiligten Gruppen hinaus; allerdings ist dieser wie im Fall der Antiatomkraftproteste zumindest beim derzeitigen Forschungsstand nicht immer leicht zu rekonstruieren. Es gibt freilich ausreichende Hinweise darauf, dass das Waldsterben als zivilisationskritisches Thema Eingang in die Jugendbildung erhielt. Filmaufnahmen einer Jugendgruppe aus dem Schwarzwald, die in der Mitte der 1980er Jahre für eine Fernsehdokumentation gemacht wurden, zeigen Schülerinnen und Schüler, die das Waldsterben als Menetekel interpretierten.<sup>37</sup> Adressatin ihres Protests war die gesamte Gesellschaft der Erwachsenen, die sich durch ihren Konsum via industrielle Produktion und Emissionen an der Zukunft versündigte. Allerdings, und das unterscheidet diese Aufnahmen von vielen Dokumenten aus den 1970er Jahren, benannten die Schüler kaum noch konkrete Schuldige. Die verallgemeinerte Zivilisationskritik hatte die konkretere Kritik an der Profitgier von Wirtschaftsbossen weitgehend abgelöst. Allerdings, das sei quellenkritisch einschränkend hinzugefügt, sind bei solchen Filmausschnitten die Aufnahmebedingungen und möglichen Eingriffe der Regie kaum rekonstruierbar.

Zusammenfassend möchte ich am Beispiel Waldsterben folgende Aspekte hervorheben: Aus dem Komplex Waldsterben erwachsen sehr schnell eigene Bearbeitungsroutinen – hierzu gehörte etwa der jährliche Waldschadensbericht, an dem sich wissenschaftlicher Erkenntnisgewinn, politischer Handlungswille und öffentliche Debatte regelmäßig überkreuzten, aber auch zum Teil recht ausgedehnte Forschungsprojekte und –diskussionen, die dazu neigten, das Thema zu perpetuieren. Regierung, Forstverwaltung, Forstwissenschaft aber auch benachbarte Disziplinen wie die Ökologie, Forschungsförderungsorganisationen,

36 TAZ, 4.10.1983.

37 Wollt ihr Politiker denn nicht endlich etwas tun? – Der Wald: Fragen, Fakten, Fotomontagen (SWF, erstmals gesendet am 4.10.1984, 21.45 Uhr in der Reihe *Zu Gast* auf Südwest 3, Regie: Rüdiger Niebe).

politische Parteien, Redaktionen, Fremdenverkehrsorganisationen, Jugendgruppen inkorporierten den Umweltschutz vermittels der Waldsterbensproblematik.

Dabei wurde eine zunehmend diffuse Protesthaltung verbreitet. Präziser könnte man formulieren: Protestbekenntnisse avancierten zu einem zentralen Kommunikationsmittel über das angesprochene Umweltproblem. Es handelte sich um das Paradoxon eines konsensualen Protests. Im Unterschied zum Atomstreit und zu den 1970er Jahren fehlte insbesondere die Polarisierung zwischen links und rechts. So kamen dem Protest faktisch auch der Adressat und das Gegenüber abhanden. Via Waldsterbensdebatte protestierte die westdeutsche Gesellschaft zunehmend mit sich selbst und gegen sich selbst. Indem Protest gewissermaßen die herrschende Norm darstellte, war der Umweltschutz gesellschaftlich normalisiert.

### Das Öko-Institut: Ökologische Expertise am Markt

Das Öko-Institut steht unter anderem für die allmähliche Inkorporierung des Umweltschutzes in die westdeutsche Ökonomie sowie in die vielfältigen Expertengremien, die Politik und Verwaltung beraten. In den groben Linien ist diese Entwicklung wohlbekannt. So ist jedem geläufig, dass die ersten biologisch anbauenden Agrarkooperativen mittlerweile von EU-subsidierten Öko-Bauern abgelöst wurden und der Bioladen der sprichwörtlichen „Selbstgestrickten“ an der Ecke vielerorts von hochprofessionalisierten und rentablen Supermarktketten wie Alnatura verdrängt wurde. Genauer kann man diese Vorgänge am Beispiel des Öko-Instituts zeigen, zumal hier zwei Dimensionen zusammenkommen: Ein ursprünglich für Bürgerinitiativen tätiger Pool von kritischen Wissenschaftlern wandelte sich zu einem professionellen Dienstleister in Sachen Umwelt-Expertise. Dieser operiert mittlerweile an einem Markt für Consulting, an dem staatliche und private Kunden auftreten.

Das Öko-Institut war zunächst ein Organ der Öko- und Antiatomkraftbewegung. 1977 wurde es im Umkreis der Proteste gegen den Bau eines Kernkraftwerks im südbadischen Wyhl gegründet. In dieser ersten größeren Auseinandersetzung über einen Atommeiler erfuhren die Widerstandsgruppen sehr schnell, wie wichtig es war, auf verlässliche Experten zurückgreifen zu können. Eine ihrer schärfsten Waffen war nämlich die Nutzung des Genehmigungsrechts in Form von Einsprüchen und Klagen vor Gericht. Aber auch mit Blick auf ihr öffentliches Auftreten und um die betroffene Bevölkerung von den Gefahren der Kernkraft zu überzeugen, waren wissenschaftliche Argumente und Kenntnisse von Nutzen. Zunächst entstand aus dieser Erkenntnis das gewissermaßen sozialromantische Projekt der Volkshochschule Wyhler Wald, in der Betroffene, Aktivisten und Wissenschaftler sich gegenseitig informieren konnten.<sup>38</sup> Bald reichten diese lockeren Zusammenkünfte aber nicht mehr, zumal die Antiatomkraftbewegung zunehmend an unterschiedlichen Standor-

38 Mathias Mutz: Die Volkshochschul' fuer unser Volksgewuhl – Zur Bedeutung der Volkshochschule Wyhler Wald für den Widerstand gegen das Kernkraftwerk Wyhl, in: Schau-ins-Land 124 (2005), S. 203–220.

ten agierte und hierbei immer präzisere und zunehmend auch gerichtsfeste Expertisen benötigte.

Die Funktion des als gemeinnütziger Verein in Freiburg gegründeten Öko-Instituts lag also darin, wissenschaftliches Know-How für die Anliegen der Umweltbewegung verfügbar zu machen.<sup>39</sup> Dies geschah zunächst auf ehrenamtlicher Basis. Kern der Tätigkeit des Instituts war es, Adressen von gleichgesinnten Wissenschaftlern zu sammeln und an die Bürgerinitiativen weiterzugeben. Ihrem Selbstverständnis zufolge handelte es sich um so genannte „Gegenexperten“, die sich in Opposition zum herrschenden System sahen.<sup>40</sup> Außerdem hatte das Institut von Beginn an den Anspruch, Zukunftsszenarien für eine „alternative“ Lebens- und Wirtschaftsweise zu entwickeln.<sup>41</sup> Die Institutsmitarbeiter verstanden sich als Dienstleister für die Bürgerinitiativen; das Institut befand sich in Konfrontation mit dem Staat und der Industrie. Günter Altner, längjähriges Vorstandsmitglied des Öko-Instituts, bezeichnete 1977 die etablierte Wissenschaft als „Hure des Fortschritts“ und „Handlanger der weltweiten Aufrüstung und Zerstörung des Ökosystems“.<sup>42</sup>

Bis in die 1990er Jahre hinein vollzog das Institut einen klassischen Institutionalisierungsprozess.<sup>43</sup> Aus den ehrenamtlichen Mitarbeitern wurden feste Angestellte, aus dem bewusst alternativen Auftreten wurde eine professionelle und zunehmend betriebswirtschaftlich geführte Beratungsinstitution – allerdings handelt es sich bei der Rechtsform bis heute um einen gemeinnützigen Verein. Neben der Politikberatung gewann auch die Unternehmensberatung eine wachsende Bedeutung. Am vorläufigen Endpunkt dieser Entwicklung – nämlich seit dem Ende der 1990er Jahre – agiert das Institut an mittlerweile drei Standorten in Deutschland als Anbieter im ausgedehnten Segment der Umwelt-Expertise.

Wichtige Anreize auf diesem Weg gaben drei von außen kommende Impulse. Das wohl folgenreichste Ereignis war der Reaktorunfall von Tschernobyl 1986, oder genauer: die Reaktion staatlicher Institutionen. Nach dem Unfall stieg die Nachfrage nach Expertise im Bereich Reaktorsicherheit sowie alternativer Energieerzeugung sprunghaft an – über diese Expertise verfügte als einziger Akteur das Institut. Sowohl das Bundesforschungsministerium, das neu gegründete Umwelt- und Reaktorsicherheitsministerium als auch die vom Bundestag eingesetzte Kommission für Reaktorsicherheit verlangten nach Informationen

39 Die folgenden Ausführungen basieren hauptsächlich auf den Ergebnissen einer kürzlich vorgelegten Magisterarbeit: Daniel Wendler: Von Konfrontation zu Kooperation. Das Öko-Institut und sein sich wandelndes Verhältnis zur Industrie im Zusammenhang mit dem Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung 1977–2000, Magisterarbeit Freiburg 2007. Eine Selbstdarstellung der Institutsgeschichte ist unter folgendem Titel erhältlich: Jochen Roose: Made by Öko-Institut. Wissenschaft in einer bewegten Umwelt, Freiburg 2002.

40 Vgl. Dieter Rucht: Gegenöffentlichkeit und Gegenexperten. Zur Institutionalisierung des Widerspruchs in Politik und Recht, in: Zeitschrift für Rechtssoziologie 9 (1988), S. 290–305.

41 Vgl. etwa folgende Publikation des Instituts: Alternativen. Anders denken – anders handeln. Zum Selbstverständnis der Bürgerinitiativbewegung, Freiburg 1978.

42 Wendler: Konfrontation, S. 6.

43 Klaus Müschen: Institutionalisierungsprozesse im Wissenschaftsbereich: Das Öko-Institut, in: Institutionalisierungsprozesse sozialer Protestbewegungen, Bonn 1990, S. 3–15.

und erhielten diese auf dem Weg der Drittmittelförderung von Projekten des Öko-Instituts.

Zwei weitere wichtige Impulse führen über die Grenzen der 1980er Jahre hinaus. Dazu gehörte zunächst die bereits erwähnte Umweltkonferenz von Rio de Janeiro 1992. Hier wurde das Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“ erstmals als eine verbindliche Richtschnur für staatliches und wirtschaftliches Handeln weltweit formuliert.

Bald erkannten Teile der Privatwirtschaft, welche Bedeutung das Konzept der Nachhaltigkeit für ihre Marktchancen haben konnte. So geschehen zunächst beim Chemiehersteller Hoechst, der Anfang 1993 durch eine Unfallserie in die Schlagzeilen geriet. Diese Vorfälle lösten einen Paradigmenwechsel im Unternehmen, aber auch beim Öko-Institut aus. Der Vorstand von Hoechst strebte nun an, die klassische Chemieproduktion aufzugeben und sich mit Pharma-Produkten ein umweltfreundliches Image sowie ein entsprechendes Verbrauchervertrauen zu erwerben. Hatte das Öko-Institut ausgerechnet Hoechst bislang als Inkarnation verantwortungsloser Chemieproduktion angesehen, vereinbarten beide Seiten nun die Zusammenarbeit. Die Hoechst AG wurde 1995 Auftraggeberin des Öko-Instituts. Dieses erstellte eine Studie über Machbarkeit eines Managementkonzepts gemäß der Leitvorstellung „Nachhaltige Entwicklung“ – nicht zuletzt, weil klassische Berater sich für nicht kompetent erklärt hatten.

Die Hoechst AG war nicht das erste Unternehmen, das ökologische Expertise beim Institut nachfragte, stellte aber den spektakulärsten Fall dar. Auch wenn die Zusammenarbeit bald eingestellt wurde, weil die strategischen Vorstellungen des Vorstands sich wieder veränderten, folgten seitdem viele weitere Aufträge. Außerdem ist zu beachten, dass die ökologische Ökonomie von Windkraftbetreibern bis hin zu Bio-Marken mittlerweile recht umfangreich ist und zu den genuinen Kunden des Öko-Instituts zählt.

Das Öko-Institut hat sich dabei nicht einfach in bestehende Strukturen „hinein-institutionalisiert“. Vielmehr fand es sich ab Ende der 1980er Jahre in der Situation wieder, dass es ein wertvolles Gut besaß, nämlich unabhängige Expertise auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit. Diese wurde zunächst vom Staat nachgefragt. Wenig später erkannten Unternehmen, dass das Institut im Sinne des externen Beraters über Wissen verfügte, das für eine Neupositionierung wertvoll sein konnte und woanders kaum zu erlangen war. Das Öko-Institut stellte sein Expertenwissen zur Verfügung, es kooperierte und wurde auf diese Weise schrittweise zu einem prominenten Akteur im Bereich der ökologischen Expertise. Somit wäre es zu schlicht, wenn man konstatierte, das Öko-Institut habe sich einfach angepasst. Stattdessen wurde es gewissermaßen vom Staat und vom Markt inkorporiert.

Einige Vertreter der Gründungsgeneration warfen ihren jüngeren Kollegen in den 1990er Jahren Verrat an den Ursprungsidealen vor. Die Mehrheit der Mitarbeiter erkannte aber, vermutlich zutreffend, dass sie auf dem beschrittenen Weg größeren Einfluss ausüben konnten als in einem prinzipiell wirtschafts-feindlichen und antistaatlichen Habitus. Auf diesem Wege kam es auch immer häufiger zu Einschätzungen des Instituts, die sich nicht im Einklang mit denen der (im Niedergang befindlichen) Antiatomkraftbewegung befanden, was zu einer schrittweisen Emanzipation des Instituts führte. Somit wurden aus den „Gegenexperten“ auch aufgrund gesellschaftlicher und ökonomischer Veränderungen schlicht Exper-

ten, die freilich nach wie vor für eine bestimmte, an ökologischen Gesichtspunkten orientierte Sichtweise eintreten.

## **Ausblick**

Die hier vorgestellten Konzepte Inkorporierung und Normalisierung stellen keine Theorien dar; sie erklären die mit ihnen etikettierten Vorgänge nicht, sie dienen zu allererst der Analyse und Beschreibung. Man kann allenfalls versuchen, nach Bedingungen zu suchen, unter denen Protest wahrscheinlicher inkorporiert und normalisiert wird. Hierfür möchte ich, ausgehend vom Beispiel der Umweltbewegung in Westdeutschland, einige Vorschläge machen, die sich freilich nicht als abschließende Liste verstehen lassen. Dabei sollte man konsequent die Bewegung und ihren gesellschaftlichen Kontext zusammen denken, gewissermaßen in wechselseitiger Durchdringung, oder durch push- und pull-Effekte miteinander verbunden.

### **– sozial**

Zu den Voraussetzungen gehört neben der zahlenmäßigen Bedeutung des Protests auch die soziale Zusammensetzung der Protestakteure. Im Fall der Umweltbewegung dominierten die gut ausgebildeten Mittelschichten, die ohnehin zur Elite zu rechnen sind. Hierbei sind auch generationelle Gründe und Eigendynamiken nicht zu unterschätzen, wie sich vor allem am Beispiel Öko-Institut zeigte. Protestierende Studierende wuchsen in einen Beruf, in bürgerliche Biographien hinein.

Zahlenmäßig zwar nicht dominant, aber strategisch an einem zentralen Ort der Bewegung waren außerdem, wie gesehen, Angehörige der wissenschaftlichen Elite. Ohne wissenschaftliche Erkenntnisse ist der moderne Umweltprotest kaum denkbar, wäre die Bewegung nicht handlungsfähig gewesen. Die Wissenschaftler aber neigen, auch wenn sie ursprünglich als „Gegenexperten“ auftraten, tendenziell zu Allianzen mit dem Staat – schon allein, weil der Staat neben den Unternehmen als einziger Akteur über ausreichende Mittel für die Finanzierung anspruchsvoller Wissenschaft in Frage kommt. Dies zeigt das Beispiel des Öko-Instituts als langwierigen Prozess, während der Waldsterbenskomplex gewissermaßen von Beginn an eine staatlich-wissenschaftliche Allianz aufwies.

### **– kulturell**

Auf kultureller Ebene muss ein Protestanliegen Anschlussfähigkeit besitzen oder sich zum Sprachrohr für Themen eignen, die (in anderer Form) ohnedies von der Gesellschaft diskutiert werden. Im Fall der Umweltbewegung sind dies die Themen Kritik an der Zivilisation, Reflexion über den Entwicklungspfad der Moderne und Sorge um das Gleichgewicht von Mensch und Natur. Das Framing der Anliegen der Umweltbewegung war allgemein genug, um damit eine Reihe fundamentaler Probleme moderner Gesellschaften anzusprechen, insbesondere, da es gelang, diese auf eine moralische Ebene zu heben.

Zudem gelang es den Akteuren der Umweltbewegung, ob nun bewusst angestrebt oder nicht, habituelle Brückenschläge zwischen unterschiedlichen Stilmilieus zu bewerkstelligen, so dass kulturell ein größtmöglicher Personenkreis angesprochen oder zumindest nicht abgeschreckt wurde.<sup>44</sup>

Für die 1980er Jahre kommt hinzu, dass zu Beginn des Jahrzehnts vor allem außenpolitisch motivierte Angstgefühle verbreitet waren. Wenn man davon ausgeht, dass in unterschiedlichen Bereichen letztlich ein ähnliches Gefühl artikuliert wurde, wäre das Angstgefühl ein verstärkendes Element für die Anliegen der Akteure des Umweltprotests. Möglicherweise suchten Politiker, Wissenschaftler, und andere Entscheidungsträger verstärkt nach Wegen, der Krisenstimmung durch entschlossenes Handeln zu begegnen. Folglich hätte die Angst dazu motiviert, Protestakteure einzubinden und ihre Themen ernst zu nehmen. Dagegen ließe sich einwenden, dass Krisen und kollektive Angstzustände regelmäßig auftreten und daher kein Alleinstellungsmerkmal der 1980er Jahre sind.

### – politisch/institutionell

In politischer und institutioneller Hinsicht wird eine Inkorporierung erleichtert, wenn eine Vielzahl unterschiedlicher und teilweise konkurrierender politischer und gesellschaftlicher Institutionen nebeneinander bestehen. Je stärker Kompetenzen „gestreut“ sind, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich institutionalisierte Akteure bereit finden, Allianzen mit einem Protestakteur einzugehen. Im Fall der Bundesrepublik spielt hier sicherlich der ausgeprägte Föderalismus eine Schlüsselrolle. Wenn ein Anliegen einem institutionalisierten Akteur verspricht, seine Kompetenzen auszuweiten, so wird er sich diesem eher annehmen als einem anderen. Umgekehrt begünstigen bereits vorhandene institutionelle Kapazitäten dann eine Protestbewegung, wenn sie sich einem thematisch verwandten Anliegen widmet.<sup>45</sup>

Im Fall der Umweltbewegung lässt sich jedenfalls feststellen, dass staatliche Institutionen bereits vor der Ausbildung der Bewegung im Bereich Umweltschutz geschaffen wurden. Spätestens seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, und ganz massiv in einer zweiten Welle seit den 1970er Jahren, wurden in Westdeutschland vielfältige Instrumente und Institutionen im Bereich des Emissionsschutzes, der Gesundheitsvorsorge und des Umweltschutzes geschaffen.<sup>46</sup> Dazu gehört etwa das Umweltprogramm der Bundesregierung von 1970/71; erste Umweltministerien auf Länderebene entstanden auch bereits zu diesem Zeitpunkt, also noch lange, bevor die Bewegung einigermaßen sichtbar wurde. Neigt man dieser Betrachtungsweise zu, hätte die Protestbewegung hauptsächlich eine Aktivierung bestehender Instrumente und Institutionen erreicht. Umgekehrt brauchte die Protestbewegung etwa ein

44 Vgl. dazu Engels: Naturpolitik.

45 Zur Kapazitäten-These Volker v. Prittwitz: Das Katastrophen-Paradox. Elemente einer Theorie der Umweltpolitik, Opladen 1990, S. 107–112.

46 Hierauf verweisen in unterschiedlichen Zusammenhängen Frank Uekötter: Von der Rauchplage zur ökologischen Revolution. Eine Geschichte der Luftverschmutzung in Deutschland und den USA 1880–1970, Essen 2003 und Engels: Naturpolitik.

Jahrzehnt um zu erkennen, dass sie tatsächlich an ähnlichen Zielen arbeitete wie zumindest ein Teil der Institutionen des vorgeblich gegnerischen Staates. Für diese Sichtweise spricht im Übrigen, dass die effektiv verfolgten Lösungsstrategien vorher wie nachher vom Prinzip der technischen Nachsorge gekennzeichnet waren; daran änderte auch der Einfluss der Umweltbewegung nichts.<sup>47</sup> In dieser Perspektive erscheint die Ökologie-Bewegung der 1970er und 1980er Jahre eher als ein Epiphänomen.

Zu den politisch-institutionellen Faktoren gehören im weiteren Sinne auch die (Massen-)Medien, deren Funktion sowohl für die Inkorporierung, vor allem aber für die Normalisierung gar nicht unterschätzt werden kann. Die Tatsache, dass die Medien-Akteure sich auf eine in der Regel sympathisierende bis neutrale Umwelt-Berichterstattung einließen, ist von fundamentaler Bedeutung. Der Grund hierfür liegt zum einen in der bereits erwähnten kulturellen Anschlussfähigkeit und moralischen Dehnbarkeit des Anliegens, sicherlich aber auch in der seit den späten 1960er Jahren zunehmenden Bereitschaft der Umweltschutz-Akteure, sich auf eine politische Auseinandersetzung in den Medien einzulassen.<sup>48</sup>

### – ökonomisch

Schließlich sollte die Bedeutung der Ökonomie und des Marktes für die hier beschriebenen Vorgänge nicht gering geschätzt werden. Bei allen drei Beispielen spielten ökonomische Faktoren eine große Rolle, als Grund für das Aus der WAA, als Sorge der Waldbesitzer um ihren Baumbestand und als unternehmerisches Interesse am Wissen des Öko-Instituts. Freilich kann auch das Marktgeschehen nur im Kontext anderer Faktoren wirken, etwa aufgrund der nicht zuletzt kulturell bedingten Bereitschaft der Bevölkerung, ökologische Produkte zu kaufen, oder aufgrund politischer Entscheidungen, die die nachhaltige Entwicklung zum Gebot der Stunde erklären. Daher sollte man sich hüten, den ökonomischen Anteil als einen Faktor *sui generis* zu betrachten. Allerdings kann er einen hohen Sog entfalten.

Insgesamt wird man wohl verallgemeinernd sagen können, dass Gesellschaften mit relativ großer Offenheit von Strukturen und Problembearbeitungsmechanismen auch eher dazu bereit sind, zu inkorporieren und zu normalisieren. Internationale Vergleichsstudien könnten in Zukunft die Frage beantworten helfen, ob und in welchen Gebieten die westdeutsche Gesellschaft offener und responsiver strukturiert war, als andere westlichen Nachbarn. So spricht einiges dafür, dass die politischen Systeme und auch die soziale Rekrutierung von Funktionsträgern in Frankreich ein deutlich „geschlosseneres“ Verhalten hervorruft.<sup>49</sup> Andererseits führte die in Frankreich vorherrschende Rahmung von Umweltthemen als Themen

47 Am Beispiel der Luftreinhaltung Matthias Heymann: Luftverschmutzung, Atmosphärenforschung, Luftreinhaltung: Ein technisches Problem?, in: Franz-Josef Brüggemeier/Jens Ivo Engels (Hg.): Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen, Frankfurt am Main 2005, S. 325–342.

48 Vgl. dazu die Ausführungen in Engels: Naturpolitik, Kap. 5, 7–9.

49 So am Beispiel des Atomkonflikts Sabine v. Oppeln: Die Linke im Kernenergiekonflikt: Deutschland und Frankreich im Vergleich, Frankfurt am Main 1989, insbes. S. 303f.

sozialer Ungerechtigkeit dazu, dass sie von den klassischen industriegesellschaftlichen Akteuren inkorporiert wurden und weniger zur Ausbildung einer eigenständigen Bewegung führten.<sup>50</sup>

Da sich die Gesellschaft insgesamt bei Prozessen der Inkorporierung und Normalisierung auch verändert, muss andererseits die Bewegung durch ein Mindestmaß an „Gewicht“ und Anschlussfähigkeit gekennzeichnet sein. Die Frauenbewegung könnte hier in einem künftigen Vergleich interessante Erkenntnisse erbringen. Ist das Gewicht oder der „impact“ einer Bewegung zu gering, dann verebbt sie schlichtweg so wie etwa die marxistischen Gruppierungen der 1970er Jahre. Noch wichtiger wird in Zukunft aber wohl die Frage danach sein, auf welche Erwartungsstrukturen eine Bewegung in der zeitgenössischen Gesellschaft traf – oder inwiefern sie auf Erwartungen reagierte.

Letztlich aber muss es Historikern ähnlich gehen wie den Forstwissenschaftlern: Sie suchten in den 1980er Jahren im immens komplexen Ökosystem Wald nach den Verursachern des Tannensterbens. Im Lauf der Zeit mussten sie freilich erkennen, dass kausale Zusammenhänge aufgrund der Komplexität der Systeme prinzipiell nicht möglich waren. Der Vorteil der Historiker gegenüber den Forstwissenschaftlern der Ära des Waldsterbens liegt allerdings darin, dass die Öffentlichkeit von ihnen keine abschließenden Erklärungen erwartet.

50 Zur sozialen bzw. sozialpolitischen Rahmung von Umweltkonflikten in Frankreich Florence Rudolf: *L'environnement une construction sociale. Pratiques et discours sur l'environnement en Allemagne et en France*, Strasbourg 1998.